

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	2
Vorlagendokumente	
TOP Ö 14.1 Gemeinsame Erklärung "Salam – Schalom - Frieden"	
Mitteilung zur Kenntnis 13/200/2023	3
Erklärung jüd. Kultusgemeinde und isl. Gemeinden 13/200/2023	4
TOP Ö 23 Änderung der Abfallgebühren 2024 bis 2025 - Änderung der Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung	
Anfrage der ödp-Fraktion betr. Abfallgebühren 2024-2025 30/077/2023	6
Beantwortung der Anfrage der ÖDP-Fraktion 30/077/2023	7
TOP Ö 34.1 Wechsel im Ortsbeirat Tennenlohe: Niederlegung Mandat von Herrn Klaus Wunderlich und Berufung von Herrn	
Beschlussvorlage 13-2/181/2023	8
TOP Ö 35 Anfragen	
Anfrage AfD - Ausbau der Energie	10

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 30.11.2023

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|--|------------------------------|
| 14.1. | Gemeinsame Erklärung "Salam – Schalom - Frieden"
Tischaufgabe | 13/200/2023
Kenntnisnahme |
| 23. | Änderung der Abfallgebühren 2024 bis 2025
Änderung der Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung
Schriftl. Anfrage der ödp-Fraktion und deren Beantwortung | 30/077/2023
Beschluss |
| 34.1. | Wechsel im Ortsbeirat Tennenlohe: Niederlegung Mandat von Herrn Klaus Wunderlich und Berufung von Herrn Nico Steinbock
Tischaufgabe | 13-2/181/2023
Beschluss |
| 35. | Anfragen
Anfrage der AfD betr. Ausbau der Energie-Infrastruktur in Erlangen | |

Mitteilung zur KenntnisGeschäftszeichen:
OBM/13Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und PresseamtVorlagennummer:
13/200/2023**Gemeinsame Erklärung "Salam – Schalom - Frieden"**

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	30.11.2023	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen**I. Kenntnisnahme**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Auch in Erlangen zeigen sich die Auswirkungen internationaler Konflikte, unter anderem in Form von Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In der Tradition des interreligiösen Dialogs in Erlangen haben der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt, die Jüdische Kultusgemeinde Erlangen, die Islamische Gemeinde Erlangen e. V., die Türkisch-Islamische Gemeinde zu Erlangen e. V., die Islamische Religionsgemeinschaft e. V. und Oberbürgermeister Florian Janik eine gemeinsame Erklärung erarbeitet, die sich unter dem Titel „Salam – Schalom – Frieden“ für Dialog und Vielfalt einsetzt.

Anlagen: Erklärung "Salam – Schalom - Frieden"

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Salam - Schalom - Frieden.

Gemeinsame Erklärung

In Erlangen leben Menschen aus 147 Nationen friedlich zusammen. Unterschiedliche kulturelle und religiöse Prägungen begreifen wir als Bereicherung. Ganz im Sinne des Erlanger Stadtmottos „Offen aus Tradition“ spielt deshalb der Austausch und Dialog zwischen den Religionen schon lange eine wesentliche Rolle.



Aktuell sind die Auswirkungen der verschiedenen internationalen Konflikte auch in Erlangen spürbar und zeigen sich unter anderem in Form von Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, gegen die wir entschieden vorgehen müssen. Die allermeisten Menschen in unserer Stadt wollen gemeinsam in Frieden leben.



Der grausame terroristische Überfall der Hamas am 7. Oktober auf Israel und die Entwicklungen seither erfüllen uns mit Fassungslosigkeit und Trauer. Wir trauern um die vielen Opfer der Terrorattacke in Israel und fühlen mit den Familien der Geiseln, die sich nichts sehnlicher wünschen als deren Freilassung. Und wir trauern um die zahlreichen palästinensischen Zivilist*innen, die seither durch den israelischen Militäreinsatz in ihren Wohnhäusern, Krankenhäusern und Schulen ums Leben kommen. Auch das Leid der Vertriebenen berührt uns sehr.



Aus der Geschichte unseres Dialogs wissen wir, dass wir auch unterschiedliche Positionen aushalten müssen und dies auch können: Wer das Selbstverteidigungsrecht Israels unter Wahrung des internationalen Völkerrechts betont, stellt sich nicht gegen alle Muslim*innen oder Palästinenser*innen. Und wer sich für die Zivilist*innen in Gaza einsetzt oder eine kritische Haltung gegenüber der israelischen Regierung einnimmt, ist nicht gleich ein Antisemit oder eine Antisemitin.



Gemeinsam ist uns die Angst um Freunde und Angehörige, die von den Kriegshandlungen der beiden Seiten betroffen sind. Wir verurteilen jede Form von Terrorismus und Gewalt an Zivilist*innen. Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Wasser, Lebensmitteln, Medizin und Strom muss zu allen Zeiten gewährleistet sein. Gemeinsam hoffen wir auf ein Ende der Gewalt und eine Perspektive des Friedens zwischen Israel und Palästina.

Die Entwicklungen nach dem 7. Oktober erfüllen uns aber auch mit tiefer Besorgnis wegen der Veränderungen in Deutschland. Jüd*innen erleben hier Antisemitismus und Angriffe gegen jüdisches Leben in einer seit 1945 nicht mehr gekannten Offenheit und Brutalität. Aber auch Muslim*innen erfahren vielfache Anfeindungen. Viele Menschen, die Terror, Krieg und Fundamentalismus ablehnen, werden pauschal in Verantwortung für Terror und Hass genommen. Auch Islamophobie und Übergriffe gegen Muslime*innen und muslimische Einrichtungen nehmen weiter zu. Es darf keine Gesellschaft entstehen, in der man sich nicht mehr traut, unterschiedliche Kulturen und Religionen offen zu leben. Die weltweiten Konflikte können wir in unserer Stadtgesellschaft nicht lösen. Umso wichtiger ist es, das friedliche und respektvolle Miteinander zu bewahren.

Mit Entsetzen sehen wir, wie Radikale die Situation gerade für antisemitische und antimuslimische Straftaten nutzen, um jüdisches und muslimisches Leben in Deutschland zu terrorisieren und zugleich Misstrauen gegen alle Menschen mit Migrationsgeschichte zu schüren. Der Anspruch: „Nie wieder!“ legt uns als deutscher Gesellschaft besondere Verantwortung auf, uns gegen Antisemitismus zu wenden und uns für ein sicheres jüdisches Leben in Deutschland einzusetzen.

Als Stadtgesellschaft treten wir deshalb gemeinsam jeder Form des Fundamentalismus und jeder Form von Ausgrenzung und Hass entschieden entgegen. Wir wenden uns gegen alle Formen des Antisemitismus und der Islamophobie. Dort, wo wir Einfluss haben, werden wir beides entschieden bekämpfen.

Gerade in diesen schweren Zeiten setzen wir diesen Gefahren für unsere demokratische, vielfältige Gesellschaft den Dialog der Religionen, gelebte kulturelle Vielfalt und den gemeinsamen Wunsch nach Frieden entgegen.

Unterzeichner*innen:

Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Rami Boukhachem, Vorsitzender des Ausländer- und Integrationsbeirats

Esther Limburg-Klaus, Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Erlangen

Dr. Dunja Zaouali, Vorstandsmitglied der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen e. V.

Duaa Abu El-Qomsan, Zweite Vorsitzende der Islamischen Gemeinde Erlangen e. V.

Enver Sönmez, Vorstandsvorsitzender der Türkisch-Islamischen Gemeinde zu Erlangen e. V.

ÖDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat

An den
Oberbürgermeister der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91054 Erlangen

Erlangen, den 28.11.2023

**schriftliche Anfrage zum Stadtrat am 30.11.2023 zu TOP Ö23
Änderung der Abfallgebühren 2024 bis 2025**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um Auskunft der Verwaltung, wie sich die Anpassung der
Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung für den
Kalkulationszeitraum verändern würde, wenn in den Wintermonaten
Dezember, Januar und Februar die Biomülltonne nur in einem
vierzehntägigen Rhythmus entleert werden würde und nicht wie kalkuliert
und bisher wöchentlich. Wir bitten um eine schriftliche Beantwortung.

Vielen Dank im Voraus für die Bearbeitung unserer Anfrage.

Ökologische Grüße

Joachim Jarosch
Fraktionsvorsitzender

Barbara Grille

Gerda Reitzenstein



**Ökologisch-Demokratische
Partei Erlangen**

ÖDP-Stadtratsfraktion:

Joachim Jarosch (Vors.)

Barbara Grille M.A.

Gerda-Marie Reitzenstein

Adresse:

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Tel.: 09131/ 86-2493

E-mail:

öedp.fraktion@erlangen.de

www.öedp-erlangen.de

Geschäftsführung:

Renate Lohmann

Sprechzeiten / Zimmer 128:

Dienstag 16.30 – 17.30 Uhr

Donnerstag 16.00 – 18.00 Uhr

"Die Welt hat genug
für jedermanns
Bedürfnisse,
aber nicht für
jedermanns Gier."

Mahatma Gandhi



Beantwortung der Anfrage der ÖDP-Fraktion zum Stadtrat am 30.11.2023 zu TOP Ö23 „Änderungen der Abfallgebühren 2024 bis 2025“

Bezugnehmend auf die Anfrage der ÖDP-Fraktion vom 28.11.2023 zum Stadtrat am 30.11.2023 zu TOP Ö23 „Änderung der Abfallgebühren 2024 bis 2025“ kann Folgendes vom Fachbereich mitgeteilt werden:

Eine 14tägige Bioabfallabfuhr während der Wintermonate Dezember, Januar und Februar hat keine Auswirkung auf die Aufwandsbereiche Personal, Kfz-Steuer und -versicherung, kalkulatorische Kosten (Abschreibung und Verzinsung) usw.

Weiterhin kann davon ausgegangen werden, dass es keine Mengenveränderung gibt und genauso viel Bioabfall anfällt wie in der wöchentlichen Leerung. Eine Aufwandsminderung bei der Bioverwertung kann hier nicht herbeigeführt werden. Die Abrechnung erfolgt pro Tonne zu verwertender Bioabfall. In einzelnen Fällen werden die vorhanden Bioabfallbehälter nicht mehr ausreichend sein und ein Bedarf an zusätzlichen Tonnen wird entstehen.

Lediglich im Bereich laufende Unterhaltskosten (Treibstoff, Reparaturen etc.) für die Abfallsammelfahrzeuge kann eine Reduzierung der Kosten herbeigeführt werden, wenn man davon ausgeht, dass die Fahrzeuge während der Monate Dezember, Januar und Februar für rund sieben Wochen stehen bleiben. Der Aufwand kann so um ca. 52.300,00 € pro Jahr gesenkt werden.

Im Hinblick auf dem Gesamtaufwand in Höhe von rund 19.960.000,00 € (Mittelwert 2024 / 2025) ist die Auswirkung auf die Gebühr jedoch sehr gering.

Gebühr ohne Eigenkompostierungsabschlag

Behältergröße	Bioabfuhr wöchentlich			Bioabfuhr Dezember bis Februar 14 tägig		
	ab 01.01.2024	Gebührenänderung in		ab 01.01.2024	Gebührenänderung in	
		EURO	Prozent		EURO	Prozent
60 Liter	229,20 €	20,40 €	9,77%	228,00 €	19,20 €	9,20%
80 Liter	280,80 €	25,20 €	9,86%	279,60 €	24,00 €	9,39%
120 Liter	382,80 €	33,60 €	9,62%	381,60 €	32,40 €	9,28%
240 Liter	691,20 €	61,20 €	9,71%	688,80 €	58,80 €	9,33%
770 Liter	2.276,40 €	202,80 €	9,78%	2.269,20 €	195,60 €	9,43%
1.100 Liter	3.122,40 €	277,20 €	9,74%	3.115,20 €	270,00 €	9,49%
4.400 Liter 14 tägig	14.077,20 €	1.512,00 €	12,03%	14.055,60 €	1.490,40 €	11,86%
4.400 Liter wö.	28.154,40 €	3.024,00 €	12,03%	28.110,00 €	2.979,60 €	11,86%
60 Liter geteilt	190,80 €	19,20 €	11,19%	190,80 €	19,20 €	11,19%
80 Liter geteilt	208,80 €	20,40 €	10,83%	207,60 €	19,20 €	10,19%
120 Liter geteilt	294,00 €	27,60 €	10,36%	292,80 €	26,40 €	9,91%
		Ø	10,45%		Ø	10,10%

Gebühr mit Eigenkompostierungsabschlag

Behältergröße	Bioabfuhr wöchentlich			Bioabfuhr Dezember bis Februar 14 tägig		
	ab 01.01.2024	Gebührenänderung in		ab 01.01.2024	Gebührenänderung in	
		EURO	Prozent		EURO	Prozent
60 Liter	194,40 €	16,80 €	9,46%	193,20 €	15,60 €	8,78%
80 Liter	234,00 €	19,20 €	8,94%	232,80 €	18,00 €	8,38%
120 Liter	313,20 €	25,20 €	8,75%	312,00 €	24,00 €	8,33%
240 Liter	552,00 €	44,40 €	8,75%	550,80 €	43,20 €	8,51%
770 Liter	1.830,00 €	148,80 €	8,85%	1.826,40 €	145,20 €	8,64%
1.100 Liter	2.485,20 €	200,40 €	8,77%	2.480,40 €	195,60 €	8,56%
4.400 Liter 14 tägig	11.527,20 €	1.204,80 €	11,67%	11.520,00 €	1.197,60 €	11,60%
4.400 Liter wö.	23.053,20 €	2.408,40 €	11,67%	23.040,00 €	2.395,20 €	11,60%
60 Liter geteilt	156,00 €	14,40 €	10,17%	156,00 €	14,40 €	10,17%
80 Liter geteilt	162,00 €	14,40 €	9,76%	162,00 €	14,40 €	9,76%
120 Liter geteilt	224,40 €	19,20 €	9,36%	224,40 €	19,20 €	9,36%
		Ø	9,65%		Ø	9,43%

Bei der Berechnung wurde der erhöhte Aufwand für die Abänderung Abfallkalender und Abfallwegweiser, erhöhter Bedarf an Bioabfalltonnen, Öffentlichkeitsarbeit etc. nicht berücksichtigt.

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
OBM/13-2/PS007, T. 2316Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und PresseamtVorlagennummer:
13-2/181/2023**Wechsel im Ortsbeirat Tennenlohe: Niederlegung Mandat von Herrn Klaus Wunderlich und Berufung von Herrn Nico Steinbock**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	30.11.2023	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
CSU-Fraktion**I. Antrag**

Herr Ortsbeirat Klaus Wunderlich legt sein Mandat auf eigenen Wunsch wegen persönlichen Gründen zum 30. November 2023 nieder und scheidet damit aus dem Ortsbeirat Tennenlohe aus

Herr Nico Steinbock wird ab 01. Dezember 2023 auf Vorschlag der CSU-Fraktion zum Ortsbeirat in Tennenlohe berufen. Herr Steinbock wohnt in Tennenlohe.

II. Begründung**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch das Ausscheiden von Herrn Klaus Wunderlich ist diese Neuberufung notwendig geworden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die vorgeschlagenen Änderungen im Ortsbeirat Tennenlohe werden beschlossen und umgesetzt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
 ja, negativ*
 nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
 nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Stadtratsgruppe
Alternative für Deutschland
Nägelsbachstr. 49a, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Die AfD-Stadträte
Dipl.-Kfm. Siegfried Ermer
Christine Otter
Telefon: 0171 771 82 45
E-Mail: kv.erh@afdbayern.de

25.06.2023

Anfrage: Ausbau der Energie-Infrastruktur in Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Anfang Mai gab Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia bekannt, eine Vielzahl von bereits installierten Wärmepumpen nicht anschließen zu können, weil nicht genügend Strom zur Verfügung stehe. Gleichzeitig stand im Handelsblatt, dass Netzbetreiber befürchten, der steigende Stromverbrauch könne das Netz destabilisieren und sie sich daher mehr Möglichkeiten wünschen, Wärmepumpen und Ladestationen abzuschalten um das Netz zu entlasten.

Die gesetzlichen Vorgaben der Bundesregierung sehen jedoch vor, in Zukunft nur noch Wärmepumpen und Stromheizungen zuzulassen, bis 2030 sollen sechs Millionen Geräte angeschlossen sein. Zudem soll die Elektromobilität massiv erhöht werden.

Vor oben genannten Hintergründen bitten wir daher um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchem Anstieg des Stromverbrauchs rechnen die EStW in den kommenden zehn Jahren?
2. Reichen die bestehenden Stromnetze aus, um den weiteren Ausbau von Wärmepumpen und Elektroladestationen zu ermöglichen?
3. Falls nein, welche Maßnahmen sind in den nächsten Jahren geplant, um entsprechende Kapazitäten aufzubauen?
4. Welche Kosten werden der Stadt Erlangen dadurch entstehen?

Siegfried Ermer
Christine Otter
AfD-Stadtratsgruppe

Alternative für Deutschland
Stadtratsgruppe Erlangen
Nägelsbachstr. 49a
91052 Erlangen

<https://afd-stadtrat-erlangen.de/>

Bankverbindung
Sparkasse Erlangen
Konto 600 52 469
BLZ 763 500 00
IBAN: DE68 7635 0000 1061 5184 68
BIC BYLADEM1ERH